

## **Auswertung und Musterlösung zur Klausur im Modul 1.2a im BA-Studiengang Politik und Organisation vom 06.09.2007**

Themenstellerin: Dipl.-Verw.wiss. Christina Zimmer

Es waren maximal 100 Punkte erreichbar.

Verteilung der Punkte und Noten:

Note	Punkte	Anzahl
1,0	ab 75	2
1,3	74-71	3
1,7	70-67	2
2,0	66-63	4
2,3	62-58	8
2,7	57-53	8
3,0	52-48	8
3,3	47-43	10
3,7	42-39	7
4,0	38-35	4
5,0	bis 34	23

Anzahl Klausuren: 79  
Notendurchschnitt: 3,4  
Durchgefallen: 29,1%

# Musterlösung der Klausur zum Modul 1.2a im BA-Studiengang Politik und Organisation am 06.09.2007

Themenstellerin: Dipl.-Verw.wiss. Christina Zimmer

## Wichtige Hinweise zur Beantwortung der Fragen:

Es gibt verschiedene Formen von Fragen:

a) Geschlossene Multiple-Choice Fragen

- Die Zahl der anzukreuzenden Antworten geht nicht aus der Fragestellung hervor; Sie müssen bei jeder geschlossenen Frage die jeweils anzukreuzenden Antworten selbst ermitteln. Es können auch keine oder alle Antworten richtig sein.
- Für jede falsche Antwort werden bei den geschlossenen Fragen Punkte abgezogen. Die Punkte je Antwort sind der Quotient aus der Zahl der Punkte, die bei der entsprechenden Frage insgesamt zu erreichen sind, und der Zahl der Fragen. Wenn z.B. bei einer geschlossenen Frage sechs Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind und drei Punkte zu erreichen sind, werden für jede richtig beantwortete Möglichkeit (Ankreuzen einer zutreffenden Antwort oder Nicht-Ankreuzen einer nicht zutreffenden Antwort) 0,5 Punkte vergeben und für jede falsch beantwortete Möglichkeit (Ankreuzen einer nicht zutreffenden Antwort oder Nicht-Ankreuzen einer zutreffenden Antwort) 0,5 Punkte abgezogen.
- Wenn Sie versehentlich eine Antwortmöglichkeit angekreuzt haben, streichen Sie bitte das entsprechende Kästchen und setzen es in eckige Klammern [ ].

b) Offene Fragen

- Es gibt sowohl Fragen, die kurz und prägnant zu beantworten sind, als auch solche, für die Sie bis zu 2 Seiten zur Verfügung haben.
- Bitte nutzen Sie für alle offenen Fragen nur den dafür vorgesehenen Platz; **alle Antwortteile, die außerhalb (bspw. auf Rückseiten oder dem Konzeptpapier) liegen, können nicht gewertet werden.**

Insgesamt sind 100 Punkte zu erreichen.

**Viel Erfolg!**

(1) Das Kabinettsprinzip in der Bundesregierung ...  
(2 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) wird dadurch in seiner Wirkung beeinträchtigt, dass das Kabinett ein relativ großes Entscheidungsgremium ist.
- (b) wird durch Koalitionsrunden oder -gespräche unterhöhlt, in denen die wichtigsten Koalitionspolitiker vertreten sind.
- (c) entspricht der Konstruktion der Bundesregierung als Kollegialorgan.
- (d) verstärkt das Ressortprinzip, weil die Minister im Kabinett vornehmlich Ressortpositionen vertreten.

(2) Im Kurs 04686 (Internationale Politik Studieren – Einführung) wird ein Phasenschema der Institutionalisierung internationaler Umweltpolitik entwickelt. Welche der folgenden Elemente sind darin enthalten?  
(2 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) Umsetzung in nationales Recht
- (b) Thematisierung / agenda-setting
- (c) Normsetzung
- (d) Beweislastumkehr

(3) Ein zentraler Begriff der sog. Englischen Schule in der Analyse der internationalen Politik ist der der "international society". Für ihn gilt gemäß der Darstellung im Kurs 04686, dass  
(2 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) er gleichbedeutend (synonym) ist zu "internationales System"
- (b) er gleichbedeutend ist zu "Weltgesellschaft"
- (c) die auf geteilten Normen basierende Gesellschaft von Staaten meint
- (d) die auf faktischer Interdependenz basierende Gesellschaft von Staaten meint

(4) Nach Sartori gehört/en zu den Merkmalen eines gemäßigt pluralistischen Parteiensystems  
(4 Punkte)

- (a) eine relativ geringe ideologische Distanz zwischen den relevanten Parteien im System.
- (b) eine Neigung zur polaren Koalitionsbildung.
- (c) ein Vorherrschen des zentripetalen Wettbewerbs.
- (d) bis zu ca. sechs relevante Parteien.

(5) Erläutern Sie den demokratietheoretischen Ansatz Hans Kelsens und grenzen Sie ihn von der attischen Demokratie ab.  
(12 Punkte)

Hans Kelsen (1881-1973) entwickelte sein linksliberales Demokratieverständnis in Reaktion auf die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, den Zusammenbruch des Kaiserreiches und das Erstarren der sozialistischen Rätebewegung.

Begriff der Demokratie ist positiv besetzt, jedoch reduzierter Demokratiebegriff: **Demokratie als Methode** zur Erzeugung sozialer Ordnung und zur Schaffung staatlicher Normen, die tatsächliche Ausgestaltung der sozialen Ordnung und der geschaffenen Normen wird dagegen durch den Begriff der Demokratie nicht bestimmt (demokratisch legitimierte Herrschaftstechnik). (1 Punkt)

Identität von Herrschern und Beherrschten und Selbstbestimmung des Volkes (Minimierung von Herrschaft) als **normatives Postulat**; diese normative Vorstellung kann aber in der soziopolitischen Realität lediglich angenähert werden (1 Punkt)

> parlamentarische Demokratie bzw. **Parlamentarismus** und **Mehrheitsprinzip** als bestmögliche Lösung, da die direkte Demokratie in der modernen Industriegesellschaft nicht zu verwirklichen ist. (1 Punkt)

Kernproblem der realen Demokratie ist eine **effiziente Elitenrekrutierung**. (1 Punkt)

Hans Kelsens Verständnis der realen Ausprägung der Demokratie beinhaltet zudem (für jeden Aspekt 1 Punkt)

- **Gewaltentrennung**, aber Regierung nur als Ausschuss des Parlamentes denkbar, um ausreichende Kontrolle durch Opposition und Öffentlichkeit zu gewährleisten;
- Bündelung gesellschaftlicher Interessen in politischen Parteien, denn die Demokratie sei in der modernen Gesellschaft nur als **Parteienstaat** realisierbar; Parlamentsentscheidungen spiegeln Mehrheitsbeschlüsse organisierter Interessen;
- **Referenden** über Parlamentsbeschlüsse;
- Abschaffung der Immunität der Abgeordneten;
- Notwendigkeit einer effizienten zentralisierten Verwaltung mit autokratischen Elementen.

Abgrenzung gegenüber der attischen Demokratie:

- Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes (semantischer Inhalt, d.h. Demokratie ist nicht nur Methode), **direkte Demokratie**, ausgeübt in der Volksversammlung, d.h. keine Repräsentation, kein Parlamentarismus; Kelsen versuchte sein Modell hieran anzunähern über Referenden vor der erfolgten Verabschiedung von Gesetzen
- Misstrauen gegenüber Eliten in Regierung und Verwaltung: mit Ausnahme der militärischen Beamten, des Flottenbaumeisters, der Finanzexperten und dem Leiter der städtischen Wasserversorgung erfolgte die **Ämtervergabe durch Los**, d.h. jeder Vollbürger wurde als fähig erachtet, ein Amt im Gemeinwesen zu übernehmen
- Archontat als Exekutivausschuss, hatte jedoch kein Eigengewicht gegenüber der Volksversammlung: **keine Gewaltenteilung**
- **keine politischen Parteien**, es gab lediglich prominente und charismatische Einzelpersonen („Demagogen“), die die Beratungen in der Volksversammlung strukturierten und lenkten

(für jeden Aspekt 1 Punkt)

(6) Welche vier Merkmale kennzeichnen laut Markus Jachtenfuchs das “Regieren jenseits der Staatlichkeit”?

(4 Punkte)

- (a) Zunehmende Wissensintensität des Regierens und wachsende Problemkomplexität
- (b) Wachsende Bedeutung privater Akteure wie z.B. Firmen, NGOs, Wissenschaftler
- (c) Weiche Formen des Regierens und weiche Steuerungsinstrumente
- (d) Zunehmende Dichte, Überlappung und Vernetzung der Zuständigkeiten internationaler Institutionen

ODER: Sinngemäße Aussage zu zunehmender Interdependenz, Trans- und Supranationalität

(7) Erklären Sie in zwei Sätzen den Begriff des Sicherheitsdilemmas.

(2 Punkte)

Da defensive Maßnahmen nicht klar von offensiven Maßnahmen zu trennen sind (zumindest aus der Sicht der jeweiligen Gegenseite), führt das Ergreifen solcher Maßnahmen zu Bedrohungsgefühlen auf der Gegenseite und damit zu (Gegen-) Maßnahmen ihrerseits. Auch für diese gilt wiederum, dass ihr defensiver Charakter nicht eindeutig erkennbar ist, woraus eine Spirale des Wettrüstens resultieren kann.

(8) Nach pluralistischer Ansicht ...

(4 Punkte)

- (a) ist das Gemeinwohl keine vorab bestimmbare Größe.
- (b) wird das Gemeinwohl durch den Staat festgelegt.
- (c) sind viele Verbände offiziell anerkannte Organisationen mit einem Monopolanspruch auf die Vertretung ihrer Domäne.
- (d) verbessert die Inkorporierung organisierter Interessen die politische Steuerung.

(9)

a) Stellen Sie die institutionellen Kernmerkmale des präsidentiellen Regierungssystems und des parlamentarischen Regierungssystems (Prototypen USA und Großbritannien) einander gegenüber.

b) Inwiefern weichen die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland vom Prototypen ab?

c) Wie sind diese Abweichungen zu erklären?

(13 Punkte)

a)

präsidentielles Regierungssystem (Prototyp USA)	parlamentarisches Regierungssystem (Prototyp Großbritannien)
keine politische Verantwortlichkeit des Präsidenten gegenüber dem Kongress, d.h. die Exekutive ist unabhängig vom Vertrauen der Legislative (das „impeachment“ dient der rechtlichen Kontrolle des Präsidenten hinsichtlich eines vermuteten Verfassungsverstoßes)	parlamentarisches Abberufungsrecht (parlamentarisches Misstrauensvotum): die parlamentarische Mehrheit hat das Recht, die Regierung abzurufen; dies geschieht bei einer Abstimmungsniederlage, die von der Regierung als „Vertrauensabstimmung“ deklariert wurde
der Präsident hat kein Recht zur Auflösung des Kongresses	der Premierminister hat das Recht zur Parlamentsauflösung (formal ausgeführt durch den Monarchen) und dem Ansetzen von Neuwahlen
„geschlossene Exekutive“: die Ämter von Regierungschef und Staatsoberhaupt fallen im Amt des Präsidenten zusammen und werden von einer Person ausgefüllt	„doppelköpfige Exekutive“ aus Premierminister und Monarch(in)
Inkompatibilitätsgebot: Inhaber eines Amtes in der Exekutive dürfen nicht zugleich ein Mandat im Kongress besitzen	Vereinbarkeit von Regierungsamt und parlamentarischem Mandat
keine Parteidisziplin, legislative Entscheidungsverfahren beruhen auf wechselnden ad hoc-Mehrheiten für einzelne Maßnahmen	Parteidisziplin innerhalb und außerhalb des Parlamentes sowohl in Regierungspartei als auch Oppositionsparteien > „Parteiendemokratie“

(für jedes richtige Merkmal 1 Punkt, insg. 10 Punkte)

b) Abweichungen im Regierungssystem der Bundesrepublik vom Prototypen des parlamentarischen Regierungssystems

- parlamentarisches Abberufungsrecht nur als „konstruktives Misstrauensvotum“ gem. Art. 67 GG, d.h. ein Kanzler kann nur dann abberufen werden, wenn der Bundestag gleichzeitig mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt
- kein Parlamentsauflösungsrecht der Regierung bzw. des Bundeskanzlers; eine Auflösung des Parlamentes ist nach Art. 68 GG nur möglich, wenn der Bundestag vorab eine Vertrauensfrage des Bundeskanzlers negativ beantwortet hat; über die Parlamentsauflösung bestimmt dann jedoch der Bundespräsident

(je 1 Punkt)

c)

Die genannten Abweichungen in der institutionellen Struktur des deutschen Regierungssystems sind mit den historischen Erfahrungen der Weimarer Republik zu erklären. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes suchten einen Ausgleich zwischen dem Prinzip größtmöglicher Machtteilung und Beschränkung der Exekutive bei einer gleichzeitigen Stärkung des Kanzlers mit dem Ziel der maximalen Stabilität des gesamten Systems.

(1 Punkt)

(10) Skizzieren Sie kurz die drei Modelle zur Erklärung des Verhältnisses zwischen Parteien und Medien, wie im Kurs *Das Parteiensystem der BRD* dargestellt.

(3 Punkte, 1 Punkt je Modell)

a) Top-down-Modell

Hierarchischer politischer Kommunikationsprozess, in dem die politischen Akteure in Parteien und Regierung mit ihren Entscheidungen auf die reale Welt einwirken, Rückmeldungen empfangen und in ihre politische Agenda aufnehmen; diese Agenda geben sie dann „nach unten“ an die Medien weiter, welche sie dementsprechend wiederum an die Bürger vermitteln

b) Mediokratie-Modell

Massenmedien beeinflussen als „Vierte Gewalt“ zu großen Teilen die öffentliche Meinung, sie bestimmen die politische Agenda gegenüber den Politikern wie auch den Bürgern. Die Rückwirkungen von politischen Entscheidungen und die Reaktionen von Politik und Bürgern werden von den Medien aufgenommen und jeweils auf Politik und Publikum zurückgespiegelt.

c) Bottom-up-Modell

Die Bürger bestimmen die politische Agenda sowohl direkt als auch indirekt über die Medien, welche als verstärkendes Sprachrohr der öffentlichen Meinung agieren.



- (11) Erläutern Sie **in einem Satz** den Begriff der semi-souveränen Demokratie und nennen Sie fünf Faktoren, die die Bundesrepublik Deutschland zu einer semi-souveränen Demokratie machen.  
(6 Punkte)

In einer semi-souveränen Demokratie bestehen zahlreiche institutionelle Beschränkungen, die die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der jeweils regierenden Mehrheiten strukturell einschränken.

- Strukturprinzip des Föderalismus
- Beteiligung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung: Zustimmungspflichtigkeit von Gesetzen
- Bundesverfassungsgericht kann parlamentarische Beschlüsse für nichtig erklären, wenn sie nicht mit der Verfassung konform sind.
- Vorherrschaft von Koalitionsregierungen
- Existenz mächtiger Interessenverbände
- Mitgliedschaft in der Europäischen Union: Vorrang des EU-Rechts gegenüber dem deutschen Recht

(1 Punkt für Erläuterung, je 1 Punkt für die Nennung richtiger Faktoren)

- (12) Viele Politikwissenschaftler betrachten den Parteienwettbewerb im deutschen Bundesstaat als zentrale Ursache politischer Blockaden.  
Nennen Sie, in jeweils einem Satz, drei mögliche Einwände gegen diese These.  
(3 Punkte, je 1 pro Einwand)

- (a) Deutsche Parteien sind im internationalen Vergleich vertikal integriert und können als politische Scharniere Vermittlungsleistungen zwischen den Ebenen erbringen.
- (b) Deutsche Wähler honorieren durchaus auch kooperative Strategien von Oppositionsparteien, die damit ihre politische Verantwortung unter Beweis stellen können.
- (c) Die Ländervertreter im Bundesrat vertreten nicht unbedingt parteipolitische Interessen, wenn landespolitische Belange dagegen sprechen.

ODER:

- Die großen deutschen Parteien haben sich von Weltanschauungsparteien zu Allerweltparteien mit verhältnismäßig geringen ideologischen Gegensätzen gewandelt.

(13) Nach der Darstellung im Kurs 04686 (Internationale Politik Studieren – Einführung) haben liberale Kritiker des Imperialismus frühzeitig darauf hingewiesen, dass (2 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) sich Imperialismus allenfalls für einzelne Formen, nicht jedoch für die Zentren des Nordens insgesamt lohnt
- (b) die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht notwendig sei
- (c) Imperialismus für erfolgreiche Entwicklung nicht notwendig sei
- (d) Imperialismus mit Menschenrechten nicht vereinbar sei

(14) Geben Sie die drei wichtigsten Finanzierungsquellen der deutschen Parteien an. Ordnen Sie diese Finanzierungsquellen nach ihrer Bedeutung für die unten genannten Parteien von 1 bis 3. Rang 1 bezeichnet die Finanzierungsquelle mit der größten Bedeutung für eine Partei und Rang 3 bezeichnet die Finanzierungsquelle mit der geringsten Bedeutung. (4 Punkte, je 1 Punkt für die drei Finanzierungsquellen; 1 Punkt für die richtige Rangfolge bei den Parteien)

Finanzierungsquelle	Partei		
	CDU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
Mitgliedsbeiträge	1	1	3
Staatliche Mittel	2	2	1
Spenden	3	3	2

(15) Nach der Darstellung im Kurs 04686 (Internationale Politik Studieren – Einführung) bewirken *Standard Operating Procedures* und *bureaucratic politics*, dass die US-Exekutive in ihrem außenpolitischen Verhalten uneinheitlich erscheint. Erklären Sie diese Phänomene in je einem Satz. (2 Punkte, je 1)

**SOPs** sind EntscheidungsROUTINEN der (außenpolitischen) BÜROKRATIEN, die die Beschlussfassung in Routinesituationen und selbst in Krisenlagen beeinflussen und daher nicht dem Präsidenten allein (also einer einzigen Entscheidungsinstanz) zugeordnet werden können.

**Bureaucratic politics** meint, dass gemäß dem Spruch "where you stand depends on where you sit" unterschiedliche BÜROKRATIEN (z.B. Außen- und Verteidigungsministerium) ihre je eigene Sicht der Dinge haben und eigene Interessen verfolgen, was zuweilen bis nach außen sichtbar wird und damit ein einheitliches Agieren unterminiert.

(16) Skizzieren Sie die Ökonomische Theorie der Demokratie nach Anthony Downs wie im Kurs 03226 (Strukturwandel der Demokratietheorien) dargestellt.  
(5 Punkte)

oberste Priorität eines Individuums ist stets die **eigene Nutzenmaximierung**  
(Nutzenmaximierung des homo oeconomicus politicus)

Übertragung des **Marktprinzips** auf die liberale Demokratie, d.h. Analogie von ökonomischer und politischer Konkurrenz

Parteien und Politiker streben in Wahlen die Maximierung der Wählerstimmen und den eigenen Wahlsieg an; dies führt zur **Konkurrenz** auf dem politischen Markt

Bürger geben bei Wahlen ihre Stimme jener Partei, von deren Wahlsieg oder Regierungsbeteiligung sie sich den größten individuellen Nutzen versprechen

wegen beschränkter Kapazitäten (geringe Aufnahmebereitschaft) der Wähler/Bürger stellen **Werbeagenturen** politische Informationen für die Wahlentscheidung zur Verfügung und übernehmen die Wahlwerbung

- (17) a) Stellen Sie das cleavage-Modell nach Lipset/Rokkan (1967) dar.  
b) Skizzieren und vergleichen Sie anhand des Modells Entwicklungen im deutschen Parteiensystem (jeweils auf Bundesebene) der Weimarer Republik und der Bundesrepublik bis zum Ende der 1960er Jahre.  
(11 Punkte, 3 Punkte für Erläuterung des Modells)

**cleavage-Modell** (Lipset/Rokkan 1967):

Das Modell erklärt den Zusammenhang zwischen der **Sozialstruktur** einer Gesellschaft und der Entwicklung politischer Parteien. Parteien sind demnach Ausdruck sozialstruktureller Konfliktlagen (cleavages). Lipset/Rokkan haben im Europa der Nachkriegszeit folgende **historisch gewachsenen Konfliktlinien** identifiziert:

- Zentrum vs. Peripherie
- Stadt vs. Land
- religiös vs. säkular
- Arbeit vs. Kapital (Klassenkonflikt)

Das cleavage-Modell erklärt die spezifischen Konfigurationen der nationalen Parteien anhand der je spezifischen cleavage-Situation in einem Land.

These des „Einfrierens“ der Hauptkonfliktlinien: „The party systems of the 1960’s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920’s” (Lipset/Rokkan 1967: 50).

In der Weimarer Republik sind im Prinzip drei der von Lipset/Rokkan identifizierten Konfliktlinien ausgeprägt:

- Zentrum vs. Peripherie: regional-föderale Konflikte aufgrund später Nationbildung, Vorherrschaft Preußens in der Republik, teilweise Streben nach einer Restauration der Monarchie, Föderalismus und Partikularismus;
- Stadt vs. Land: Konflikte zwischen Stadt und Land (Industrie und Landwirtschaft) sind relativ schwach ausgeprägt, stattdessen:
- Arbeit vs. Kapital: stark ausgeprägte und sich verschärfende Konflikte zwischen Arbeitern, der sich neu herausbildenden „Klasse“ von Angestellten, altem und neuem Mittelstand, Großindustrie, ostelbischen Großgrundbesitzern, teilweise Befürwortung einer Verstaatlichung von Unternehmen und Klassenkampfvorstellungen;
- religiös vs. säkular: konfessionelle Spaltung, Katholiken, Protestanten, säkulare Kräfte.

Viele dieser Konflikte bestehen noch aus der Zeit des Kaiserreiches fort und überlagern sich in der Weimarer Republik nur teilweise, es entwickelt sich daher ein **zersplittertes Vielparteiensystem**. Dabei bleiben grundsätzlich die vier Parteiströmungen, die sich im Kaiserreich entwickelt hatten, bestehen. Es kommt aber innerhalb der Strömungen zur Parteienzersplitterung; jedoch keine Herausbildung einer Bauernpartei, die einen Stadt/Land-Konflikt widerspiegeln würde.

Zum Ende der Weimarer Republik wurden die bestehenden Konfliktlinien überlagert durch die NSDAP, die nicht nur antisemitische, sondern auch antikommunistische, antirepublikanische, antiparlamentarische und scheinbar antikapitalistische Interessen vertrat.

Im Deutschland der Nachkriegszeit lässt sich zunächst eine **Reduktion der Konfliktlinien** im Vergleich zur Weimarer Republik beobachten.

Zentrum vs. Peripherie: im Kalten Krieg suspendiert

Stadt vs. Land: durch Mobilität der Menschen nach dem 2. Weltkrieg noch weiter abgeschwächt

Arbeit vs. Kapital: bleibt bestehen, gespiegelt zwischen den Lagern von CDU/CSU und FDP auf der einen und der SPD und zunächst der KPD auf der anderen Seite

religiös vs. säkular: bleibt zunächst bestehen, CDU/CSU bzw. zunächst Zentrum vs. FDP/SPD

Da die Konfliktlinien der Weimarer Republik in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik größtenteils deutlich geringer ausgeprägt waren und nach dem 2. Weltkrieg zunächst nur zwei große Konfliktlinien bestehen blieben, bildete sich ein relativ stabiles System aus drei Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) heraus.

Trotz zahlreicher Wurzeln im Weimarer Parteiensystem und im Parteienstammbaum des Kaiserreiches, ist somit eine neue, **deutlich stabilere Parteienkonfiguration** entstanden. Eine Besonderheit stellen CDU und CSU dar, die sich als „**Volksparteien**“ verstehen, mehrere Konfliktlinien umfassen und zu überbrücken suchen und sich christlich-liberal-konservativ positionierten. Auch regionale Strömungen wurden durch CDU/CSU weitgehend aufgefangen.

Das **Argument des „Einfrierens“ von Konfliktlinien** trifft somit auf die Bundesrepublik nur bedingt zu. Einerseits blieben die Hauptkonfliktlinien über die Diktatur und den Zweiten Weltkrieg hinaus bestehen, andererseits konnte sich seit den 1950er Jahren ein weitaus stabileres „Zweieinhalbparteiensystem“ herausbilden, da die meisten Konflikte begrenzt und innerhalb dieses Parteiensystems schon bald von den drei Parteien repräsentiert werden konnten.

In den 1960er Jahren gingen in der Gesellschaft kirchliche Bindungen zurück, ebenso wie die Gegensätze zwischen den beiden christlichen Konfessionen. Es kam zudem zu einer Veränderung der Berufsstrukturen (starker Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft, Rückgang bei Arbeitern und Selbstständigen, weitere Zunahme der Angestellten und Beamten).

In der Folge verschmelzen die beiden Konfliktlinien Kapital vs. Arbeit und religiös vs. säkular zu einem neuen „**Links-Rechts-Gegensatz**“, bei dem sich ein **sozialliberales** (nichtreligiöser neuer Mittelstand) und ein **konservatives** (katholisch geprägter, alter Mittelstand und Unternehmer) Lager gegenüberstehen

Der Grundkonflikt religiös vs. säkular und Kapital vs. Arbeit bleibt jedoch erhalten, auch wenn die beiden Konfliktlinien zu einer einzelnen Struktur verschmelzen.

Daraus resultiert eine **hohe Konzentration des Parteiensystems** (bei den Wahlen von 1972 und 1976 erreichten die drei im Bundestag vertretenen Parteien 99,1 % der Stimmen).

- (18) Formulieren Sie in je einem Satz den Gegenstandsbereich der Disziplin Internationale Beziehungen aus Sicht der vier Paradigmen der Analyse internationaler Politik.  
(6 Punkte, je 0,5 für Paradigma und je 1 für Erläuterung)

**Realismus:**

Die Internationalen Beziehungen befassen sich mit einem internationalen System von **Staaten**, die sich durch **Selbsthilfe** unter den Bedingungen der **Anarchie** selbst behaupten müssen, also nach Macht streben (**Machtpolitik**).

**Idealismus/Institutionalismus:**

Gegenstand der Internationalen Beziehungen ist ein inter- und **transnationales** System der Beziehungen zwischen Staaten einschließlich ihrer gesellschaftlichen Umfelder, die unter Bedingungen der **Interdependenz** durch **Institutionen-Bildung** gemeinsame Probleme **kooperativ** bearbeiten können.

**Gesellschaftskritischer Ansatz:**

Die Internationalen Beziehungen umfassen ein transnationales System gesellschaftlicher Herrschaft, in dem **national- und/oder transnational herrschende Klassen** unter Bedingungen einer globalen kapitalistischen Ökonomie unter Nutzung der Mehr-Staatlichkeit und im Widerstreit mit den Unterdrückten/Ausgebeuteten ihre **polit-ökonomischen Herrschaftsinteressen** verfolgen.

**Konstruktivismus:**

Der Konstruktivismus vertritt **im Prinzip jede der obigen Sichtweisen**, betrachtet die Internationalen Beziehungen jedoch als komplexes soziales System, dessen Strukturen gleichermaßen durch das Handeln der Akteure geprägt werden, wie diese durch die Strukturen geprägt werden, wobei insbesondere die Fremdbilder und Selbstwahrnehmung der Akteure wesentlich sind, so dass das System ein **soziales Konstrukt** darstellt.

- (19) Im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland ...  
(2 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) bilden Regierung, Regierungsmehrheit im Parlament und die Spitzen der Ministerialbürokratie eine politische Handlungseinheit.
- (b) bezieht sich der Konfliktaustrag zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien im Parlament auf einen hohen Anteil aller Gesetzesvorlagen.
- (c) gilt der Deutsche Bundestag durch die Tätigkeit seiner Ausschüsse vornehmlich als Redeparlament.
- (d) sind die Ausschüsse des Deutschen Bundestages dessen primäre Entscheidungseinheiten.

(20) Welche der folgenden Aussagen zur Organisation und Tätigkeit des Bundesverfassungsgerichts sind richtig?  
(4 Punkte)

- (a) Die Richter des BverfG werden je zur Hälfte vom Wahlmännerausschuss des Bundestages und vom Bundesrat mit jeweils 2/3 Mehrheit für einen Zeitraum von 12 Jahren unter Ausschluss der Wiederwahl gewählt.
- (b) Das BVerfG ist alleine zum Zweck der Verfassungsgerichtsbarkeit errichtet worden.
- (c) Die konkrete Normenkontrolle ermöglicht es der politisch unterlegenen Minderheit, einen politischen Konflikt unmittelbar in ein verfassungsrechtliches Verfahren zu transformieren.
- (d) Das Bundesverfassungsgericht ist Schiedsgericht im Falle von Verfassungsstreitigkeiten zwischen den Verfassungsorganen.

(21) Im Vergleich mit Volksparteien haben Milieuparteien ...  
(3 Punkte, +/- 0,5 je Antwort)

- (a) eine sozialstrukturell homogene Wählerschaft.
- (b) geringe interne Integrationsleistungen zu erbringen.
- (c) eher pragmatische politische Programme.
- (d) eine eher an Parteimitgliedern als Wählern ausgerichtete Führung.
- (e) einen geringeren Anteil an Wechselwählern.
- (f) eine stärkere Orientierung zum Medianwähler.

(22) Welche der folgenden Aussagen zu Konkordanzdemokratien sind richtig?  
(4 Punkte)

- (a) In Konkordanzdemokratien sind wichtige Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Zentralregierung in formellen oder informellen Verfahren der außerparlamentarischen Verständigung von der Maxime der gütlichen Einigung beherrscht.
- (b) Konkordanzdemokratien funktionieren als "Elitenkartell".
- (c) Konkordanzdemokratien können neben der langen historischen Einübung konkordanzdemokratischer Praktiken auch durch institutionelle Faktoren wie die Einrichtung von Referenden bedingt sein.
- (d) Konkordanzdemokratische Praktiken korrelieren positiv mit korporatistischen Praktiken der Interessenvermittlung.

---

(Datum, Unterschrift)